

# Armee-Organisation droht der Zusammenbruch

Das Nein des Nationalrats zur Armee reform in der Juni-Session hat viel gravierendere Auswirkungen als vermutet

Von Beni Gafner und Daniel Ballmer

Der Chef der Armee, André Blattmann, hat ein Riesenproblem. Blattmann wird seinen Zeitplan für den Start der verkleinerten, neuen Armee nicht einhalten können, nachdem der Nationalrat letzte Session die Armee reform überraschend abgelehnt hat. Ein Weiterbetrieb der heutigen Armee, bis die Politik abschliessend entschieden hat, ist aber auch nicht einfach so möglich. Die Gründe: Dazu fehlt die Planung und die interne Neuorganisation läuft bereits.

Mit dem überraschenden Nein des Nationalrats im Juni als Zweitrat ist die Reform politisch zwar noch nicht definitiv vom Tisch, aber alles dauert nun viel länger. Das Geschäft liegt zurzeit wieder beim Ständerat. Hält dieser nächste Session im Herbst an seinem Ja fest, ist wieder die vorbereitende Kommission des Nationalrats am Zug. Der Nationalrat könnte sich somit frühestens in der Wintersession das zweite

«Wir sagen im Moment nichts dazu, das ist hochpolitisch», heisst es bei der Armee.

Mal mit der Armee reform befassen. Das wäre erst nach den Parlamentswahlen vom Oktober. Mahlt die Parlamentsmühle normal weiter, könnte eine Referendumsabstimmung über die Armee reform sogar erst im November 2016 erfolgen – viel zu spät, um mit der neuen Armee am 1. Januar 2017 zu starten, wie es Blattmann befohlen hat.

## Blattmann wollte keinen Plan B

Weder Armeesprecher Christoph Brunner noch der Kommunikationschef im Verteidigungsdepartement, Peter Minder, wollen sich gegenwärtig in der politisch delikaten Phase äussern. «Wir sagen im Moment nichts», sagen sie, die Sache sei im Moment «hochpolitisch».

Die Armeespitze ist nervös, weiss die BaZ. Der Hintergrund: Über einen zweiten Plan für den Fall einer Verzögerung von bis zu einem Jahr, einen Plan B, verfügt man nicht. Blattmann traf keine Vorkehrungen für den «worst case», für den ungünstigsten Fall. Intern spricht man vom bisher einzig gültigen Plan «tutti». Der Chef der Armee habe «auf tutti» gespielt und erwartet, dass



Ihr Zeitplan entspricht Makulatur. Der politische Entscheid im Bundeshaus zur neuen Armee dauert länger als der Chef der Armee, André Blattmann (links), und Brigadier Sergio Stoller, Projektleiter der Armee reform, erwartet haben. Foto Keystone

das Parlament mitspielt und alles so beschliesse, wie vorgesehen. Nun aber hat Korpskommandant Blattmann das Problem, dass Rekrutierungszentren, Logistikern, Personalplanern oder auch den Kommandanten der grossen Verbände für ihre Zuständigkeitsbereiche die notwendige Vorlaufzeit von normalerweise zwei Jahren fehlt.

Schmilzt die Vorlaufzeit für die neue Armee nun gar auf wenige Monate oder Wochen zusammen, könnten Wiederholungskurse der Truppe ausfallen; es fehlten beispielsweise die neuen Vorgesetzten, die ausgeschiedene Offiziere ersetzen müssen. Im Chaos fände sich auch

die Logistikbasis der Armee wieder, die das Material für die Ausbildung in Schulen und Kursen bereitzustellen hat. Muss die Armee wider Erwarten mit den alten Strukturen ein oder zwei Jahre weiterfahren, fehlen ohne entsprechende Planung auch die Ausbildungsvorgaben für die Schulen oder die Zuteilung von WK-Standorten.

## Kuprecht sucht den Ausweg

Der dramatischen Lage um die nahe Zukunft der Armee bewusst ist sich SVP-Ständerat Alex Kuprecht (SZ). Der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats (SIK) ver-

sucht mit einer Feuerwehrrückung im Herbst die Reform zu retten. Beide Räte sollen nächste Session das Geschäft definitiv verabschieden, fordert er. Am 10. August hält die SIK des Ständerats dazu eine Sitzung ab. Es bestünden eigentlich nur zwei Differenzen, sagt Kuprecht optimistisch: Die Anzahl WK und die Finanzierung. Bei den Wiederholungskursen werde der Ständerat dem Nationalrat wohl entgegenkommen. Das heisse: Sechs statt fünf WK. Auch in der Finanzierungsfrage sieht Kuprecht eine Lösung. Es gehe darum, die versprochenen fünf Milliarden für die Armee zu fixieren oder eine bessere

Lösung zu finden. Er habe drei Varianten im Kopf, so Kuprecht. Die Rettung der Situation sei möglich, wenn der Nationalrat im Herbst mitmache. Das heisse: Die SIK Nationalrat müsste die Armee reform am Rande der ersten Sessionswoche im September durchpauken. Grosse und Kleine Kammer müssten umgehend Differenzen ausräumen und über das Projekt abschliessend entscheiden.

## Hurter winkt ab

«Völlig unrealistisch», sagt dazu aber der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, Thomas Hurter (SVP, SH). Dieser rechnet bei der Armee reform mit einer Verzögerung von einem halben bis einem ganzen Jahr. «Während der Session kann man eine ordentliche Kommissionssitzung gar nicht seriös durchführen.» Der Nationalrat werde die Vorlage frühestens im Winter, eventuell erst im Frühling beraten können. Dann komme es zur Einigungskonferenz mit dem Ständerat. Danach laufe die Referendumsfrist und es folge eine allfällige Abstimmung. Hurter: «Man rechne. Die Inkraftsetzung der Armee reform auf den 1. Januar 2017 ist Geschichte.»

Hurter kritisiert: «Es ist naiv, wer glaubt, dass es genau so kommt wie geplant, wenn eine Vorlage in der politischen Mühle ist. Da kann sich ein Geschäft immer mal verzögern.»

## «Ein Riesenmist»

Auch Sicherheitspolitiker und Nationalrat Jakob Büchler (CVP, SG) ist sich des Zeitproblems für die Armee bewusst. Er ist vom Abstimmungsergebnis im Nationalrat immer noch schwer enttäuscht. Büchler spricht von einem «Scherbenhaufen» und «Riesenmist», den der Nationalrat produziert habe. Die Armee befinde sich nun im Luftleeren und könne nicht weiterplanen.

Von einem «ausserordentlichen Fall» spricht SP-Ständerat und SIK-Mitglied Roberto Zanetti (SO). «Da kann ich mir durchaus vorstellen, dass kein Plan B besteht. An ein solches Szenario hat man gar nie gedacht.» Er wisse auch nicht, wie die Armeespitze das Problem nun lösen wolle. «Ich verstehe, dass bei der Armee jetzt einige im roten Bereich drehen.» Die SVP mache die Arbeit der GSoA, indem sie im Nationalrat gegen die Reform gestimmt habe. Die Partei habe einigen Erklärungsbedarf.

## Zuwanderung besser kontrollieren

FDP verabschiedet an Delegiertenversammlung Resolutionen

Amriswil. Die FDP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung drei Grundsatzpapiere verabschiedet. Ziel der darin aufgeführten Massnahmen ist es, die Zuwanderung zu beschränken – ohne dadurch die bilateralen Verträge zu gefährden. Die FDP habe eine exzellente Ausgangslage, im Herbst zu gewinnen, sagte Parteipräsident Philipp Müller zu Beginn der Versammlung in Amriswil (TG) vor den 184 Delegierten und warnte gleichzeitig: «Wir sollten uns nicht zurücklehnen.» Die FDP habe Antworten zu den Themen, die die Leute bewegten. Zuerst stehe die Zuwanderungspolitik. «Wir wissen, was wir tun könnten, ohne die bilateralen Verträge zu gefährden», erklärte der FDP-Parteipräsident. Es sei nicht denkbar, dass sich die Schweiz «wie ein Asterixdorf» isoliere.

Nach dem 9. Februar 2014 habe sich die Schweiz in zwei Hälften geteilt wiedergefunden, erinnerte FDP-Bundesrat Didier Burkhalter in seiner Rede. Seit her sei es die Aufgabe der Politik, aufzuzeigen, dass die Zukunft des Landes nicht in der Teilung liege, sondern im Zusammenhalt. Es gehe darum, die Zuwanderung besser zu kontrollieren und den bilateralen Weg zu stärken, so Burkhalter. Genau diesen Auftrag der Bevölkerung setze der Bundesrat um.

Die Delegierten diskutierten im Anschluss an die Reden drei Resolutionen, mit denen die Partei auf die Annahme der SVP-Zuwanderungsinitiative reagieren will. In einem Grundsatzpapier forderte die FDP «die Erneuerung des bilateralen Wegs». Man

habe mit den bilateralen Verträgen «eine massgeschneiderte Lösung» gefunden, argumentierte die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter. Allerdings hat die FDP für die Verträge auch Grenzen definiert: Im Resolutionsentwurf heisst es, es gebe «rote Linien», damit ein neues Verhandlungsergebnis mit der EU unterstützt werden könne. So müsse etwa das Volk das letzte Wort bei der Übernahme von EU-Recht haben. In einer weiteren Resolution verlangt die Partei «eine harte, aber faire Zuwanderungspolitik». Es brauche strengere Voraussetzungen, sagte der Basler FDP-Nationalrat Daniel Stolz. So sei die Zuwanderung in das Sozialsystem zu unterbinden.

## Falsche Anreize abbauen

Die Wirtschaft leide unter dem Fachkräftemangel, steht in einem weiteren Grundsatzpapier. Die Förderung des inländischen Potenzials an Arbeitskräften würde eine Drosselung der Migration ermöglichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssten falsche Anreize abgebaut werden. So solle der Steuerabzug für die Kosten der externen Kinderbetreuung erhöht werden. Kritisiert wurde unter anderem die Progression bei den Steuern und Krippentarifen, die die Mittelstandsfamilien stark belasteten.

Alle drei Resolutionen wurden von den Delegierten genehmigt. Nur einmal gab es eine Gegenstimmung – bei der Abstimmung über das Grundsatzpapier, das strengere Regelungen für die Zuwanderung verlangt. SDA

## Parteichefs von FDP und CVP kontern SVP-Chef

Schulterschluss sei keine Makulatur

Aarau/Bern. Die Parteipräsidenten von CVP und FDP werfen der SVP vor, sie handle wirtschaftsfeindlich. Hintergrund ist die Äusserung von SVP-Präsident Toni Brunner, der den bürgerlichen Schulterschluss als Makulatur bezeichnet hatte. Das sei ein «Ablenkungsmanöver».

Wer fahrlässig verkünde, die Übereinkunft sei beendet, schade dem Standort Schweiz, sagte FDP-Präsident Philipp Müller in einem Interview mit der Zeitung *Schweiz am Sonntag*. «Wir jedenfalls halten am Schulterschluss fest, denn wir kämpfen um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz.»

## Keine Schuldzuweisungen

Müller gibt sich auch selbstkritisch, was die anvisierten Sparmassnahmen betrifft. «Alle drei Parteien haben den Grundsatz, die Ausgaben auf dem Stand von 2014 zu plafonieren, heftig verletzt. Eine Schuldzuweisung macht deshalb keinen Sinn.» Ende März 2015 hatten sich die Parteipräsidenten, Fraktionspräsidenten und Generalsekretäre der drei Parteien CVP, FDP sowie SVP auf ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Standorts Schweiz geeinigt.

Dieser sogenannte Schulterschluss bröckelte zuletzt immer mehr, SVP-Präsident Brunner nannte ihn vor Wochenfrist Makulatur und sagte, er habe das Vertrauen in die beiden Mitte-Parteien verloren.

In einem Interview mit dem *Sonntagsblick* äusserte sich auch CVP-Präsident Christophe Darbellay zu den Anschuldigungen seitens der SVP. Brunner habe damit «extrem viel Glaubwürdigkeit» verspielt. «Er will nur vom Desaster um die Armee reform und der Masseneinwanderungs-Initiative ablenken.» Gleichzeitig breche die Partei ihre eignen Sparversprechen. «Das ist fatal für unser Land und unsere Wirtschaft.»

## Es wurde dennoch viel erreicht

FDP-Chef Müller kritisierte, dass die SVP etwa in der Landwirtschaft dafür gesorgt habe, dass 57 Millionen Franken weniger gekürzt werden müssten. «Zudem wollte SVP-Ständerat Peter Föhn die Ausgaben bei Jugend und Sport um 17 Millionen erhöhen. Bei der Verzinsung der IV butterte die SVP noch 135 Millionen Franken dazu.»

Die beiden Parteipräsidenten von CVP und FDP sind sich einig darin, dass im Zuge des Schulterschlusses trotz der Nebengeräusche Massnahmen realisiert oder aufgegleist wurden. «Von dem vierseitigen gemeinsamen Papier haben wir viel erreicht», sagte Darbellay. Einzig beim Budget sei die Latte etwas zu hoch angesetzt worden.

Der Druck der drei bürgerlichen Parteien «hat einiges bewirkt», sagte Müller. Er bedaure es sehr, wenn die SVP dies jetzt alles fallen lassen wolle. «Das darf nicht sein.» SDA

## Nachrichten

### Kantone malten bei den Finanzen zu schwarz

Bern. Die Kantonsregierungen haben zwischen 1999 und 2014 ihre finanzielle Situation systematisch zu pessimistisch eingeschätzt. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, aus der die *Sonntagszeitung* zitiert. Im vorderen Feld der Liste seien auffällig viele Stände vertreten, die in den letzten Jahren eine aggressive Tiefsteuerpolitik betrieben und die vorgerechnete Mittelknappheit als Argument für den Abbau oder die Plafonierung von öffentlichen Leistungen benutzten. SDA

### Merkel besucht Schweiz im September

Bern. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wird der Schweiz im September einen offiziellen Arbeitsbesuch abstaten. Das bestätigt das Justizdepartement der *NZZ am Sonntag*. Der Bundesrat will den Arbeitsbesuch auch dafür nutzen, Merckels Unterstützung bei den Gesprächen mit der EU über die Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative zu gewinnen. SDA

### Weniger Verwahrungen seit Ja zur Initiative

Bern. Zwischen 2010 und 2014 gab es 14 rechtskräftige Urteile für eine Verwahrung, schreibt der *Sonntagsblick*. In den fünf Jahren zuvor waren es noch 58. Statt langer Haftstrafen erhalten seither immer mehr Täter psychologische Behandlungen. SDA